

Leistungsbeschreibung

Vergabeverfahren 24-49 Rahmenvertrag Kampfmittelräumung

1. Auftraggeber

Stadt Göttingen
Vertreten durch die Oberbürgermeisterin Petra Broistedt
Fachbereich Ordnung
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

2. Bezeichnung der vertraglichen Leistung

Rahmenvertrag Kampfmittelbeseitigung (Sondierungen und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen) innerhalb des Stadtgebietes Göttingen.

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf technische Spezifikationen (z. B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“, immer gleichwertige technische Spezifikationen in Bezug genommen.

3. Gegenstand der Ausschreibung

Die Stadt Göttingen, Fachbereich Ordnung, beabsichtigt die Vergabe von Leistungen zur systematischen Kampfmittelbeseitigung. Gegenstand der Ausschreibung ist die Ermittlung von Verrechnungssätzen als Grundlage eines Rahmenvertrages für den Einsatz von Kampfmittelbeseitigungstrupps, die nach Vorgabe des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KBD) des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen – Regionaldirektion Hannover, jedoch eigenverantwortlich handelnd, auf dem Gebiet der Stadt Göttingen eingesetzt werden. Die Einsatzorte richten sich nach den Auswertungsergebnissen alliierter Luftbilder, aus denen die Verdachtsflächen und – punkte entnommen werden. Die Leistungen werden nach tatsächlich geleistetem Aufwand zu den im Angebot angegebenen Verrechnungssätzen abgerechnet.

4. Laufzeit des Rahmenvertrages

Die Grundlaufzeit des Rahmenvertrags beginnt mit der Zuschlagserteilung. Die Grundlaufzeit beträgt ein Jahr. Der Auftraggeber hat die Möglichkeit, die Vertragslaufzeit durch einseitige Erklärung um ein weiteres Jahr zu verlängern. Die maximale Gesamtlaufzeit beträgt daher zwei Jahre. Die Verlängerungsoption wird spätestens drei Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit schriftlich ausgeübt.

Die ersten sechs Monate gelten als vereinbarte Probezeit. Sollte es innerhalb der ersten sechs Monate noch nicht zu einer Beauftragung gekommen sein, gilt als Probezeit der Zeitraum bis

zum Abschluss der ersten beiden Beauftragungen. Innerhalb der Probezeit hat der Auftraggeber die Möglichkeit, den Rahmenvertrag ohne Angabe von Gründen zu beenden.

5. Höchstgrenze Rahmenvertrag

Die Höchstgrenze des Rahmenvertrages beträgt 1.500.000 EUR. Der Rahmenvertrag endet, sobald Einzelaufträge in dieser Höhe abgerufen wurden.

6. Abrufberechtigte des Rahmenvertrags

Neben dem Auftraggeber ist folgendes Unternehmen berechtigt, aus diesem Rahmenvertrag Leistungen auf eigene Rechnung abzurufen:

- Stadt Göttingen
Vertreten durch die Oberbürgermeisterin Petra Broistedt
Dezernat D – Planen, Bauen, Umwelt
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

sowie
- GEB – Göttinger Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb der Stadt Göttingen)
Rudolf-Wissell-Str. 5
37079 Göttingen.

Die Abrufberechtigten, also der Auftraggeber (Fachbereich Ordnung und Dezernat D) und die GEB, werden im Folgenden zusammenfassend „**Auftraggeber**“ genannt.

7. Geltende Bestimmungen

Es wird auf die Geltung der folgenden Bestimmungen in der jeweils gültigen Fassung hingewiesen:

- Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen (VOB/B)
- Allgemeine technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C) sowie die besonderen und zusätzlichen Vertragsbedingungen
- Regeln für die Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Zerlegen von Gegenständen mit Explosionsstoff oder beim Vernichten von Explosionsstoff oder Gegenständen mit Explosionsstoff, DGUV Regel 113-003
- Handlungsanleitung zur Gefährdungsbeurteilung und Festlegung von Schutzmaßnahmen bei der Kampfmittelräumung, DGUV Information 201-027
- Kontaminierte Bereiche, DGUV Regel 101-004
- Arbeitsanweisung für Arbeiten der Kampfmittelbeseitigung in Niedersachsen
- Baufachliche Richtlinien Kampfmittelräumung (BFR KMR)
- Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG)

Weiterhin ist Voraussetzung, dass der Auftragnehmer die technischen Anforderungen des RAL Gütezeichens Kampfmittelräumung (RAL-GZ 901) erfüllt.

8. Besondere Vertragsbedingungen

8.1. Rahmenvereinbarung

Der Auftraggeber wird die Leistungen in Einzelaufträgen zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen abrufen.

Etwa in dieser Leistungsbeschreibung angegebene Mengenansätze beziehen sich auf den voraussichtlich zu erbringenden Leistungsumfang. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Abruf einer bestimmten Menge. Ein Anspruch auf eine bestimmte Vergütung besteht nur dann, wenn die entsprechende Leistung zuvor durch den Auftraggeber abgerufen wurde.

8.2. Einzelabrufe

Mit der Erteilung eines Einzelauftrags teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Details für die jeweils zu erbringende Leistung mit.

Ein Einzelabruf für Räumstellen, bei denen eine baubegleitende Kampfmittelräumung gem. Leistungsverzeichnis inklusive zuordenbare Positionen durchgeführt wird, wird grundsätzlich mindestens eine Woche im Voraus erteilt. Eine kurzfristige Abbestellung kann der Auftraggeber jeweils bis 12:00 Uhr des vorherigen Werktages tätigen, ohne dass dem Auftraggeber dafür Kosten entstehen.

Für alle weiteren Räumstellen, insbesondere derer mit Oberflächensondierungen, Tiefensondierungen und Kampfmittelbergungen bzw. -räumungen gem. Leistungsverzeichnis erfolgt mindestens zwei Wochen/14 Tage im Voraus, um auch eine fristgerechte Anmeldung beim KBD zu gewährleisten.

Soweit Auftraggeber und Auftragnehmer einverstanden sind, können im Einzelfall davon abweichende, kürzere Fristen vereinbart werden.

Kann der Auftragnehmer infolge von durch den Auftraggeber oder dessen mit der Ausführung beauftragten Unternehmen verursachten und dokumentierten Gründen, den zuvor erteilten Einzelabruf nicht ausführen oder erfolgt die Absage des Einzelabrufs nach den o. g. Fristen, so werden dem Auftragnehmer vom jeweiligen Verursacher maximal die Verrechnungssätze für vier Stunden als Ausfallzeit erstattet.

Kann der Auftragnehmer einen Einzelabruf nicht ausführen, da die Wetterverhältnisse dies nicht zulassen, entstehen für den Auftraggeber dadurch keinerlei Kosten. Der Auftragnehmer hat dann insbesondere keinen Anspruch auf die ausgefallene Vergütung.

Entstehen dem Auftraggeber oder den von diesem mit der Ausführung beauftragten Unternehmen Kosten, die durch nicht eingehaltene Vereinbarungen des Auftragnehmers (verspäteter Ausführungsbeginn, keine Arbeitstätigkeit des Auftragnehmers) nachweislich verursacht und entstanden sind, so sind diese vom Auftragnehmer zu tragen.

Durch Gerätedefekte bedingte Ausfall- oder Wartezeiten werden nicht vergütet.

8.3. Vergütung

Die Vergütung erfolgt auf Basis der vom Auftraggeber kontrollierten und gegengezeichneten Aufmaße und Bautagesberichte, die die sachlich richtige Ausführung dokumentieren. Diese sind dem Auftraggeber wöchentlich und/oder nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen

und zur Anerkennung vorzulegen. Die Einheitspreise sind Festpreise ohne Gleitklauseln für die gesamte Vertragslaufzeit inkl. Verlängerungsoption.

8.4. Wasser/Strom

Bauseits können Wasser und Strom nicht seitens des Auftraggebers zur Verfügung gestellt werden. Geräte, die der Auftragnehmer zu verwenden beabsichtigt, müssen unabhängig von dem Vorhandensein von Versorgungsanschlüssen betrieben werden können.

8.5. Schutz vor Beschädigung und Diebstahl

Die Verwahrung und Bewachung von Gegenständen des Auftraggebers sowie des Auftragnehmers und seiner Bediensteten, wie bspw. Maschinen, Geräte, Kraftfahrzeuge, obliegt dem Auftragnehmer.

8.6. Nachunternehmer

Der Einsatz von Nachunternehmern ist nur für baubegleitende Kampfmittelräumungen zulässig. Diese müssen beim Auftraggeber vor Arbeitsaufnahme angemeldet werden. Der Nachunternehmer ist verpflichtet, nach den Vorgaben des Auftragnehmers zu arbeiten. Die Verantwortung sowie etwaige Schadensansprüche bleiben beim Auftragnehmer. Der Räumstellenleiter muss ausschließlich durch den Auftragnehmer gestellt werden

Soweit Nachunternehmen bei der Auftragserfüllung eingesetzt werden, ist der Auftragnehmer dazu verpflichtet, den eingesetzten Nachunternehmen die Erklärungen nach § 4 Abs. 1 bis 3 oder § 5 Abs. 1 des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) sowie den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese dem Auftraggeber vorzulegen. Der Auftragnehmer hat, wenn er einen Auftrag an ein Nachunternehmen vergibt, vertraglich sicherzustellen, dass das Nachunternehmen die ihm so aufzuerlegenden Verpflichtungen übernimmt und die Verpflichtungen, auf die sich die entsprechenden Erklärungen und Nachweise beziehen, einhält. Für Nachunternehmen gilt § 8 Abs. 1 NTVergG entsprechend.

Der Auftragnehmer hat bereits bei Abgabe des Angebots ein Verzeichnis der Nachunternehmen, die er einzusetzen beabsichtigt, und der auf sie entfallenden Leistungen vorzulegen. Die nachträgliche Einschaltung oder der Wechsel eines Nachunternehmens bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.

8.7. Bergungsfremde Gegenstände

Das Recht an Gegenständen, die im Rahmen der Tätigkeiten des Auftragnehmers bei der Ausführung des Auftrages gefunden werden und die nicht Gegenstände der Bergung sind, bleibt, über die in der VOB/B vorgesehenen Regelungen hinaus, bei dem Auftraggeber.

8.8. Nachweise

Der Auftragnehmer hat bereits mit dem Angebot Folgendes nachzuweisen:

- Erlaubnis gemäß § 7 und die Befähigung der verantwortlichen Personen gem. § 20 Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG)
- Eigenerklärung hinsichtlich der Ausrüstung des eingesetzten Personals und der Einrichtung der Arbeitsstellen. Ausrüstung und Einrichtung müssen jeweils und stets dem jeweiligen Stand der Erfordernisse unter Berücksichtigung des letzten gesicherten Standes der technischen Entwicklung entsprechen.

- Erfüllung der technischen Anforderungen des RAL Gütezeichens Kampfmittelräumung (RAL-GZ 901)
- EcoVadis Nachhaltigkeitszertifikat
- Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch einen Umsatz-Nachweis i. H. v. 1.500.000 € (netto)/Jahr.

Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit während der Vertragslaufzeit einen erneuten aktuellen Nachweis zu fordern.

8.9. Personelle und gerätetechnische Voraussetzungen

Auf der Räumstelle darf ausschließlich Personal eingesetzt werden, das der deutschen Sprache ausreichend befähigt ist (mindestens Sprachniveau B2). Die Leistungserbringung erfordert eine sichere mündliche und schriftliche Kommunikation, vor allem mit dem Auftraggeber, dem KBD, Leitungsträgern, Nutzern, Bewohnern, Besuchern und im Notfall. Das umfasst das Verstehen von Sicherheitsunterweisungen, Arbeitsanweisungen und Vorgaben des KBD sowie des Auftraggebers, das Erteilen von Auskünften, das Führen von Gesprächen sowie das Lesen und Ausfüllen von Dokumenten. Ein niedrigeres Sprachniveau reicht hierfür nicht aus, um die sichere, ordnungsgemäße und qualitätsgerechte Leistungserbringung zu gewährleisten.

Die Ausstattung des eingesetzten Personals hat nach dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung zu erfolgen. Gleiches gilt für die Einrichtung der Arbeitsstellen. Durch den Auftragnehmer mitgebrachte und verwendete Geräte müssen zu jeder Zeit den einschlägigen Gesetzen und Vorgaben entsprechen.

Die personellen Ressourcen des Auftragnehmers müssen ausreichend sein, im Bedarfsfall für einen Einzelabruf zeitgleich einen zweiten Einsatztrupp stellen bzw. zeitgleich zwei Einzelabrufe in der erforderlichen Zeit wahrnehmen zu können.

8.10. Verschwiegenheit

Der Auftragnehmer und von ihm eingesetztes Personal sind verpflichtet, Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten zu bewahren, die mit der Auftragsausführung in Zusammenhang stehen. Mitteilungen an Dritte dürfen erst nach Zustimmung des Auftraggebers erfolgen.

8.11. Kündigung

Sollten sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Ausführung der Leistung ändern oder sollten sich andere rechtliche Voraussetzungen ändern, hat der Auftraggeber die Möglichkeit, den Vertrag vorzeitig mit einer Frist von zwei Wochen zum Quartalsende zu kündigen.

Weiterhin hat der Auftraggeber die Möglichkeit, den Vertrag außerordentlich fristlos zu kündigen. Dafür ist das Vorliegen eines wichtigen Grundes Voraussetzung. Ein solcher liegt insbesondere in den folgenden Fällen vor:

- wenn sich der Auftragnehmer in Bezug auf die Vergabe an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beteiligt hat
- wenn dem Auftragnehmer die erforderliche Erlaubnis gem. § 7 Sprengstoffgesetz entzogen wird

- wenn bei dem Auftragnehmer verantwortliche Personen gem. § 20 Sprengstoffgesetz nicht verfügbar sind
- wenn der Auftragnehmer die Regelungen der Vertragsgrundlagen gröblich oder wiederholt nicht beachtet
- wenn der Inhaber oder die leitenden Angestellten des Auftragnehmers sich einer strafbaren Handlung zum Nachteil des Auftraggebers schuldig machen
- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt
- wenn bei dem Auftraggeber die Finanzmittel für die Kampfmittelbeseitigung nicht mehr zur Verfügung stehen.

8.12. Versicherung

Der Auftragnehmer stellt bei schuldhaftem Verhalten seines eingesetzten Personals den Auftraggeber von Schadensersatzansprüchen Dritter frei.

Mit dem Angebot hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass eine Versicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen besteht:

- Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 5 Mio. EUR pro Schadensfall für Personenschäden
- Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 5 Mio. EUR pro Schadensfall für Sach- und Vermögensschäden
- Zusätzliche Unfallversicherung für den Todesfall mit je 50.000 EUR und für den Fall dauernder Erwerbsunfähigkeit mit je 125.000 EUR pro eingesetztem Mitarbeiter/in

Die Versicherungen mit den genannten Mindestdeckungssummen sind während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

8.13. Dokumentation

Erbrachte Arbeiten sind seitens des Auftragnehmers mittels Bautagesberichten und Aufmaßblättern zu dokumentieren. Diese haben neben dem Personal- auch den Geräteeinsatz zu enthalten. Sie sind vor der Erstellung einer Rechnung dem Auftraggeber vorzulegen und von diesem freizugeben.

8.14. Räumstellenanmeldung

Die Räumstellen sind durch den Auftragnehmer ordnungsgemäß nach § 14 SprengG bei dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt sowie bei dem KBD Niedersachsen anzumelden.

Vor dem Hintergrund EDV-gestützter Dokumentationen verpflichtet sich der Auftragnehmer zusätzlich, jedes Bauvorhaben GPS-gestützt auf 10 cm Genauigkeit (u. a. Eckwerte und/oder Tiefen) einzumessen, sodass die ermittelten Daten in einem Geoinformationssystem nach jedem Bauvorhaben dem Auftraggeber übergeben und in das städtische Geoinformationssystem eingepflegt werden können. Die genauen Inhalte sowie der Austausch (z. B. von Shape-Dateien) ist nach der Auftragsvergabe mit dem Auftraggeber abzustimmen.

9. Art und Umfang der Leistung

Die Leistung betrifft die technische Erkundung von Blindgängerverdachtspunkten und Flächen, bei denen Kampfmittelverdacht besteht. Außerdem die Öffnung und Freilegung von Störkörpern, die aufgrund der Auswertung alliierter Luftbilder geortet wurden. Der Auftraggeber gibt die jeweils zu erkundenden Verdachtsflächen und -punkte in Abstimmung mit dem KBD vor.

Das Einsatzgebiet ist die Stadt Göttingen.

Der Auftragnehmer, bzw. das von ihm eingesetzte Personal handelt vor Ort unabhängig von der Ausführung in eigener Verantwortung. Der Auftragnehmer haftet für Schäden an Leitungen und Kabeln, die von ihm verursacht werden. Vor Beginn der Arbeiten sind entsprechende Leitungs- und Kabelpläne einzuholen(, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden). Falls erforderlich, sind auch Suchschachtungen durchzuführen.

Der Auftragnehmer ist für die allgemeine Verkehrssicherungspflicht der Räumstellen verantwortlich. Für die Absicherung der Räumstellen verwendet der Auftragnehmer geeignetes Absperrmaterial (bspw. Bauzäune, Absperrbarken). Soweit Straßen oder Bürgersteige betroffen sind, stellt der Auftraggeber die Verkehrssicherung gem. StVO her.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die Arbeitsstättenverordnung eingehalten wird.

9.1. Hinweise zu Besonderheiten

Blindgänger mit Langzeitbezünderung

Vor allem durch Informationen des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Auswertungen von Luftbildern der Bombardements vom 01.01.1945 und vom 07.04.1945 sowie seit 2021 im Göttinger Weststadtbereich insgesamt 16 beseitigten Bombenblindgängern (Amerikanische SAP 1.000 lbs, Zünder Typ M123) sind Erkenntnisse gewonnen worden, durch welche der Verdacht besteht, dass es sich bei mindestens im Weststadtbereich vorliegenden Verdachtspunkten und -flächen um Blindgänger mit Langzeitbezünderung handeln könnte. Aufgrund dieser Besonderheit und der mit einer Langzeitbezünderung einhergehenden besonderen Gefahr für Leib und Leben sind unter Punkt 10 aufgeführte Anforderungen an das einzusetzende Personal zwingend erforderlich.

Tiefensondierung

Die Bohrlochtiefe beträgt bei durchschnittlichen Bodenverhältnissen sechs Meter. Im Göttinger Weststadtbereich beträgt die Bohrlochtiefe mindestens acht Meter unter der Gebäudeoberkante des Jahres 1945. Sind darüber hinaus Durchbohrungen bspw. infolge von Auffüllungen erforderlich, kann sich die Sondiertiefe in Absprache mit dem KBD und dem Auftraggeber entsprechend erhöhen.

Die Bohrlöcher sind jeweils mit einer eisenfreien Verrohrung, vorzugsweise mit Kunststoffrohren, mit einem Mindestinnendurchmesser von ca. 60 Millimeter zu versehen, in der die Sonde sicher auf die vorgegebene Tiefe heruntergelassen und wieder heraufgezogen werden kann. Die Flächen sind nach dem Ziehen der Verrohrung nach Absprache mit dem Auftraggeber ordnungsgemäß wiederherzustellen. Das restliche Bohrgut ist nach Absprache mit dem Auftraggeber in unmittelbarer Rasternähe unter Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften zwischenzulagern.

Die Sondierungsarbeiten sind anhand eines vom KBD und Auftraggeber für den jeweiligen Verdachtsbereich vorgegebenen Bohrplans durchzuführen.

Die erste Tiefenbohrung ist in zwei-Meter-Abschnitten niederzubringen und nach jedem Abschnitt zu sondieren. Das zweite Bohrloch kann ohne Unterbrechung auf die angestrebte Tiefe abgeteuft werden und ist dann direkt zu sondieren. Vor dem Niederbringen des jeweils weiteren Bohrlochs der ersten Reihe ist in jedem Bohrloch eine vollständige Tiefensondierung durchzuführen.

Die zweite Bohrlochreihe kann ohne Zwischenkontrolle in voller Länge abgebohrt werden, wenn diese im vorgesehenen Suchraster parallel zur ersten Bohrlochreihe verläuft. Wenn die zweite Reihe vollständig sondiert wurde, kann ohne Unterbrechung die dritte Bohrlochreihe sondiert werden.

Wenn zur Kontrolle der Bohrlöcher für die eigentliche Bohrlochdetektion ein computergestütztes Aufnahmegerät genutzt wird, muss die ständige Kontrolle der laufenden Datenanzeige am Messgerät durch eine Fachkraft garantiert werden. Ist eine visuelle Überwachung nicht möglich, muss vor dem Niederbringen von weiteren Bohrlöchern die Auswertung am PC abgewartet werden.

Bei positiven Ortungen ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren, um eventuelle direkte Zusatzbohrungen bzw. Abweichungen vom vorgeschriebenen Bohrplan abzuklären.

Die Abschlussdokumentation der Tiefensondierung mit/ohne erfolgter Kampfmittelräumung muss folgende Unterlagen enthalten:

- Benennung zur Sondierung und Räumung genutzter Methoden und Geräte
- Übergabe eines georeferenzierten Lageplans des Grundstückes mit den geräumten Flächen mindestens in digitaler Form mit den Koordinaten ETR UTM Zone32N
- auf dem Lageplan eingetragene Kampfmittelfundstellen
- Kampfmittelfundbericht und Kampfmittelfundliste.

Die Messdaten sind im Rohformat zum Einlesen in MAGNETO zu übergeben.

10. Einzusetzendes Personal

Personal, das der Auftragnehmer für die Leistungserbringung einsetzt, muss hinreichend qualifiziert sein. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass ausschließlich Personal eingesetzt wird, das über die erforderliche Befähigung gem. § 7 bzw. § 20 SprengG verfügt und die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt. Die Zuverlässigkeit gilt als nicht gegeben, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die betreffende Person gegen Vorschriften des Sprengstoffgesetzes oder verwandte strafrechtliche Vorschriften (insbesondere §§ 27 ff. SprengG, §§ 211, 212, 249 StGB in Bezug auf Sprengstoffdelikte) verstoßen hat. Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe und auf jederzeitiges Verlangen des Auftraggebers während der Vertragslaufzeit ist ein erweitertes Führungszeugnis (§ 30a BZRG) oder ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde (§ 31 BZRG) vorzulegen, das nicht älter als drei Monate ist. Das Führungszeugnis darf keine einschlägigen Eintragungen enthalten.

Es gelten weitere folgende Mindestanforderungen:

Der Truppführer verfügt über eine mindestens fünfjährige Erfahrung als verantwortlicher Räumstellenleiter mit umfassenden Kenntnissen in der Kampfmittelbeseitigung (Befähigungsscheininhaber gem. § 20 SprengG). Ebenso verfügt der Truppführer über eine mindestens fünfjährige Erfahrung im Umgang mit der jeweils erforderlichen Auswertungssoftware für bspw. ferromagnetische Messungen bei Tiefen- und Flächensondierungen. Außerdem ist der Truppführer über ein Mobilfunktelefon erreichbar mit einem mobilen, internetfähigen Notebook sowie einer Digitalkamera ausgestattet. Der Truppführer ist in der Lage, die vor Ort erhobenen Messdaten der Sondierungsbohrungen fachgerecht auszuwerten und zu interpretieren. Zudem ist hierfür ein firmeneigener Geophysiker vorzuhalten. Dies umfasst insbesondere die Echtzeit- oder Sofortauswertung der erhobenen Daten, um Anomalien zu erkennen, Verdachtspunkte zu lokalisieren und nach Rücksprache mit dem KBD unmittelbare Entscheidungen über weitere Maßnahmen (z. B. Freigabe, Nachsondierung oder Räumung) zu treffen. Darüber hinaus hat der Truppführer die Lehrgänge GW 129 und 3-Achs absolviert und verfügt über Erfahrung im Umgang mit Liner Plates und anderen Verbausystemen sowie mit Kampfmitteln mit Langzeitbezündung. Entsprechende Aus- und Fortbildungs- und Befähigungsnachweise sind bei Angebotsabgabe beizufügen.

Der Sondenführer verfügt über eine mindestens zweijährige Erfahrung in der Tiefen- und Flächensondierung. Ebenso verfügt der Sondenführer über Erfahrung im Umgang mit Liner Plates und anderen Verbausystemen sowie mit Kampfmitteln mit Langzeitbezündung. Entsprechende Aus- und Fortbildungsnachweise sind bei Angebotsabgabe beizufügen.

Der Munitionsfacharbeiter verfügt über eine mindestens zweijährige Erfahrung in der Tiefen- und Flächensondierung. Ebenso verfügt der Munitionsfacharbeiter über Erfahrung im Umgang mit Liner Plates und anderen Verbausystemen sowie mit Kampfmitteln mit Langzeitbezündung. Entsprechende Aus- und Fortbildungsnachweise sind bei Angebotsabgabe beizufügen.

Der Maschinenführer verfügt über eine mindestens zweijährige Erfahrung in der Tiefen- und Flächensondierung. Ebenso hat der Maschinenführer den Lehrgang GW 129 absolviert. Darüber hinaus verfügt der Maschinenführer über Erfahrung im Umgang mit Liner Plates und anderen Verbausystemen sowie mit Kampfmitteln mit Langzeitbezündung. Entsprechende Aus- und Fortbildungs- sowie Befähigungsnachweise für den Maschinenbetrieb sind bei Angebotsabgabe beizufügen.

Die Qualifikationen sind in einer gesonderten Liste bei Angebotsabgabe zu benennen und anhand von Erfahrungen in vergleichbaren Projekten nachzuweisen.

Aufgrund der hohen Gefährdungslage bei Umgang mit Kampfmitteln (§ 1 SprengG) sind die jeweils genannten Qualifikationen sowie die Zuverlässigkeit zwingend erforderlich.

11. Technische Ausstattung

Der Betrieb des Auftragnehmers verfügt über genügend Maschinen, Werkzeuge und Geräte, um die geforderte Leistung entsprechend erbringen zu können. Dazu gehören mindestens:

- verschiedene Sondenausführungen inklusive Anbauteile und Zubehör für Flächen- und Tiefensondierung (z. B. Ein- oder Mehrkanalsysteme)
- hydraulisches Bohrgerät für den innerstädtischen Bereich (Breite: 1 Meter, ca. 1,8 Tonnen, gummierter Kettenantrieb) inklusive Anbauteile (z. B. Endlos- oder Hohlbohrschnecken)
- Spülausrüstung inklusive Verrohrungen als alternative Bohrmöglichkeit
- Kleinbohrgerät für den Einsatz in Räumlichkeiten mit beschränkten Höhen
- Raupenbohrgerät (mit integrierter Filteranlage für den Einsatz in kontaminierten Bereichen [Staub- und Schadstoffabscheidung gem. TRGS/GefStoffV, mind. HEPA-Filterklasse H13])
- Bagger mit verschiedenen Antrieben sowie Leistungen inklusive geeigneter Transportgeräte und entsprechender Anbauteile zum Greifen und Bohren (z. B. Endlosbohrschnecke, Bohrkronen)
- Abteufringe bis ca. 6,75 Meter aufgelagert auf einem Hilfsrahmen für telekopierbaren Verbau
- Liner Plates (Vorhaltung von mind. zwei Sätzen á sechs Meter)
- Separieranlage für Bereiche mit Kleinmunitionsverdacht
- Kleinwerkzeuge, Abspermaterialien und Verbrauchsgüter

Als EDV-gestütztes Aufzeichnungssystem wird die Software MAGNETO bindend vorgeschrieben. Dies ist in den hohen sicherheitstechnischen Anforderungen im Bereich Kampfmittelbeseitigung, die eine uneingeschränkte Kompatibilität mit der Auswertungsoftware des KBD erfordern, begründet. Gleichwertige Aufzeichnungs- und Auswertungssysteme werden nur nach vorheriger Absprache mit dem Auftraggeber und dem KBD akzeptiert.

Zum Einmessen der Arbeiten sind mindestens DGPS (Differential Global Positioning System) Systeme mit RTK (Real Time Kinematic) Korrektur einzusetzen. Bei Abschattungen um Bereich von Vegetation oder Infrastruktur sowie bei geforderten höheren Genauigkeiten sind ggfls. optische Vermessungssysteme einzusetzen.

Vor dem Einmessen von Verdachtsflächen und -punkten bzw. Bohrpunkten ist die Genauigkeit des Vermessungssystems durch einen Koordinatenabgleich über mindestens zwei amtliche Lagefestpunkte nahe der entsprechenden Räumstelle zu überprüfen. Abweichungen sind zu dokumentieren und dem Auftraggeber zu übergeben. Eine Übersicht zu den Lagefestpunkten stellt der Auftraggeber zur Verfügung.

Folgende Genauigkeiten (Lage/Höhe) sind einzuhalten:

- Absteckung von Bohrlöchern: Lage $\pm 0,02$ Meter
- Absteckung von Sondierfeldgrenzen: Lage $\pm 0,02$ Meter
- Einmessen von Hindernissen: Lage $\pm 0,02$ Meter
- Einmessen von Urgelände und Baugruben: Lage $\pm 0,02$ Meter, Höhe $\pm 0,02$ Meter

Der Auftragnehmer sorgt für die regelmäßige Wartung, Instandhaltung bzw. Austausch von defekten Maschinen, Werkzeugen und Geräten. Dem Auftraggeber sind auf Nachfrage entsprechende Nachweise vorzulegen.